



Soldaten marschieren vor dem Kaiserslauterer Bahnhof (Stadtarchiv Kaiserslautern, 1936)

Autor: Andree Wilhelm

## Kaiserslautern im Nationalsozialismus

*Bereits kurz nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten beginnt auch in Kaiserslautern eine systematische Ausgrenzung der jüdischen Bürger aus dem öffentlichen Leben, die auch Jeanette und Erna Korn erleben müssen. Bis zu ihrer Deportation nach Auschwitz im Juli 1943 ziehen sich beide immer mehr aus dem öffentlichen Alltagsleben zurück. Ihren Kontakt zu nicht jüdischen Bekannten und Freunden beschränken sie auf ein Mindestmaß; zum einen aus Selbstschutz, zum anderen, um regimekritische Menschen nicht in Konflikt mit den neuen Machthabern zu bringen. Kleine freundliche Gesten, wie die einer Nachbarin, welche ihnen nach der Verwüstung während der Reichspogromnacht mit Verpflegung und guten Worten zur Seite steht, zeigen Jeanette und Erna Korn allerdings, dass nicht alle Kaiserslauterer Bürger mit der Ideologie und der Politik der Nationalsozialisten einverstanden sind.*

### Machtergreifung

In den ersten Monaten des Jahres 1933 setzten die Nationalsozialisten ihre Partei als alleinige politische Kraft im Deutschen Reich durch.

Bereits mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler durch den Reichspräsidenten von Hindenburg konnte die NSDAP am 30. Januar 1933 einen strategisch wichtigen Sieg erringen: Zwar konnte die Partei in einer Minderheitskoalition mit der Deutschnationalen Volks-

partei (DNVP) und anderen nationalkonservativen Politikern nur zwei Ministerposten besetzen, allerdings war Hitler nun Chef der Regierung. Die Hoffnungen der anderen Minister, die unter anderem glaubten, Hitler „zähmen“ zu können, um auf diese Weise dessen extreme Positionen abzumildern, erfüllten sich nicht. So hatte die NSDAP innerhalb weniger Jahre den Wandel von einer kleinen radikalen Bewegung am Rande des rechten Spektrums zu einer Regierungspartei vollzogen.

Bereits am 1. Februar löste Reichspräsident von Hindenburg den Reichstag auf und setzte daraufhin Neuwahlen für den 5. März an - nach offizieller Begründung, da sich „die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt hat“ und um „dem deutschen Volk“ die Möglichkeit zu geben, „durch Wahl zu der neugebildeten Regierung des nationalen Zusammenschlusses Stellung zu nehmen“.

Der Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933, der einem Sympathisanten der Kommunisten zur Last gelegt wurde, spielte den Nationalsozialisten in die Hände. Bereits am darauffolgenden Tag reagierte Reichspräsident Hindenburg mit der „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“, auch „Reichstagsbrandverordnung“ genannt. Zur „Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“ wurden darin wichtige Grundrechte der Weimarer Verfassung wie die Freiheit der Person, die Unverletzlichkeit der Wohnung oder die Meinungs- und Presse-

freiheit, außer Kraft gesetzt. Ohne dass eine Nennung von Gründen nötig war, konnten nun Personen in „Schutzhaft“ genommen werden. Diese Maßnahme, die offiziell mit der „Inhaftnahme zum Schutz einer Person gegen den Volkszorn“ begründet wurde, ermöglichte den regierenden Nationalsozialisten die willkürliche Verhaftung unliebsamer Personen. Zunächst wurde die „Reichstagsbrandverordnung“ vor allem zur Verfolgung politischer Gegner im Wahlkampf, insbesondere von Mitgliedern der Kommunistischen Partei (KPD), später zur Ausschaltung sämtlicher Gegner der nationalsozialistischen Regierung genutzt.

Am 5. März fanden die letzten mehr oder minder freien Wahlen zum Reichstag statt. Formal liefen sie zwar demokratisch ab, praktisch jedoch ohne ernsthaften Gegner für die NSDAP: Durch massiven Terror, der durch die „Reichstagsbrandverordnung“ noch legalisiert worden war, waren große Teile der Opposition eingeschüchtert oder bereits verhaftet worden, allen voran Mitglieder der KPD und SPD. Trotz großen Aufwands beim Wahlkampf konnten die Nationalsozialisten jedoch keine absolute Mehrheit im Reichstag erzielen, die zur alleinigen Regierungsbildung benötigt wurde. Daraufhin ging die NSDAP eine Koalition mit der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ ein, einem Wahlbündnis zwischen der rechten, republikfeindlichen DNVP und dem Frontkämpferbund „Stahlhelm“. Nachdem die „Kampffront“ ihre Rolle als „Steigbügelhalter“ erledigt hatte, wurde sie bereits drei Monate später, im Juni 1933, von der NSDAP zur Selbstauflösung gezwungen.

Nachdem die Reichstagswahlergebnisse veröffentlicht worden waren, zogen die Nationalsozialisten am 8. März auch in Kaiserslautern triumphierend durch die Straßen und besetzten als Zeichen ihres Machtanspruchs das Rathaus. Gegen den Willen des Oberbürgermeisters Dr. Hans Weisbrod, der sich nach anfänglichen Protesten als „verreist“ verleugnen ließ, hissten die Nationalsozialisten dort, angeblich auf Polizeibefehl, widerrechtlich die Hakenkreuzfahne und entfernten die offizielle schwarz-rot-goldene Reichsflagge der Weimarer Republik. Der Vorgang wurde von vielen Lauterern beobachtet, die sich vor dem Rathaus einfanden. Erst am Abend wurde die Hakenkreuzflagge, die 1935 zum offiziellen Staatssymbol des Reiches werden sollte, wieder eingeholt. Oberbürgermeister Weisbrod wurde zwar nicht abgesetzt, ließ aber dem Kreisleiter und Fraktionsführer der NSDAP, Ernst Dürrfeld, freie Hand in seinen Entscheidungen. Durch Weisbrods später bezugte Sympathie für die Machtübernahme der Nationalsozialisten, wurde er auf zunächst auf seinem Posten belassen und erst 1938 durch Richard Imbt, einem guten Freund des Gauleiters Josef Bürckel, als Bürgermeister ersetzt.

In den nächsten Tagen festigte die pfälzische NSDAP ihre Macht in der Stadt. Um die Polizei unter Parteikontrolle zu bekommen, zog am Abend des 9. März ein Zug von SS- und SA-Männern sowie des Stahlhelms zur Polizeidirektion und setzte Dr. Beck, den Polizeidirektor, ab. Als Begründung wurde auf den Reichstagsbrand und einen befürchteten kommunistischen Putsch verwiesen. Josef Bürckel, seit 24. März 1926 Gauleiter der Pfalz, hielt

*Hakenkreuzfahne am Stadthaus in Kaiserslautern. Nach ihrem Erfolg bei den Reichstagswahlen zogen die Nationalsozialisten am 8. März 1933 zum Rathaus und hissten anstelle des offiziellen Reichsflagge der Weimarer Republik ihre Hakenkreuzflagge.*



(Privatarchiv Willi Fallo-Burghardt senior, 1933)

auf den Stufen des Gebäudes eine Rede und stellte den stellvertretenden Polizeichef von Hausen als neuen „eigenen“ Polizeidirektor ein. Unter Musik zogen die Nationalsozialisten danach weiter zum Rathaus und Bezirksamt, wo erneut Reden gehalten und Fahnen gehisst wurden.

Nach der „Gleichschaltung“ der städtischen Polizei schritt man am nächsten Tag zur Entmachtung der politischen Gegner. In den Morgenstunden wurden das Stadthaus sowie das Gewerkschaftshaus besetzt und sozialdemokratischen Beamten und Stadträten der Zutritt verweigert. Auch durften jüdische Anwälte und Richter die Gerichtsgebäude für diesen Tag nicht betreten. In einer großen Verhaftungswelle wurden an diesem Tag führende Parteimitglieder der KPD und SPD festgenommen. Unter den 28 Verhafteten befanden sich unter anderem der dritte Bürgermeister Alexander Müller von der SPD, der nach dem Krieg Oberbürgermeister werden sollte, und mehrere Gewerkschaftsfunktionäre. Darüber hinaus durchsuchten die Nationalsozialisten die Gebäude der „Pfälzischen Freien Presse“, einer der SPD nahestehenden Zeitung, und verwüsteten diese in den frühen Morgenstunden des 13. März: Die Unterlagen der Redaktion warfen sie dabei aus dem Fenster und verbrannten sie anschließend. Auf den Geschäftsführer der Zeitung wurden Schüsse abgegeben, die ihn jedoch verfehlten. Im Anschluss an diese Ereignisse wurde er abgeführt und in „Schutzhaft“ genommen.

Derweil entmachtete sich der Reichstag, der provisorisch in der Potsdamer Garnisonkirche tagte, selbst: Adolf Hitler legte den Abgeordneten das so genannte Ermächtigungsgesetz vor, welches der Regierung auf vier Jahre das Recht geben sollte, eigene Gesetze auch ohne die Zustimmung des Reichstags zu erlassen. Damit stand der Weg für mögliche Verfassungsänderungen offen; die Rechtssicherheit des Einzelnen war endgültig aufgehoben. Als einzige Partei stimmte am 23. März nur die SPD gegen das Ermächtigungsgesetz. Die Abgeordneten der KPD waren nicht mehr im Reichstag vertreten – ihre Mandate waren bereits am 8. März aufgrund der „Reichstagsbrandverordnung“ annulliert worden, viele Parteimitglieder entweder verhaftet worden oder untergetaucht. Faktisch bedeutete das Ermächtigungsgesetz, welches 1937, 1939 und 1943 verlängert wurde und damit bis Kriegsende Bestandskraft hatte, das Ende des demokratischen Systems der Weimarer Republik.

Auch in Kaiserslautern zeigte sich die Eroberung der demokratischen Institutionen durch die Nationalsozialisten: Neben intensiver Wahlwerbung und Propaganda

schreckten die Nationalsozialisten auch nicht davor zurück, den politischen Gegner mit Gewalt auszuschalten. In den letzten mehr oder minder freien Ratswahlen in Kaiserslautern Ende April 1933 erhielt die NSDAP als stärkste Fraktion 15 Sitze im Stadtrat, die Sozialdemokraten nur noch vier. Doch schon in der ersten Stadtratsitzung nach der Machtergreifung wurden die sozialdemokratischen Ratsherren vom NSDAP-Vorsitzenden Ernst Dürrfeld bedroht und mit Billigung des Oberbürgermeisters Weisbrod aus der Sitzung ausgeschlossen.

Auf dem Weg zur Macht war es für die Nationalsozialisten nötig, die meist SPD- und KPD-nahen Institutionen der Arbeiterschaft wie die Gewerkschaften zu zerschlagen und in eigene Organisationen zu überführen. Einen propagandistischen Erfolg erzielten die neuen Machthaber 1933 mit der Festlegung des 1. Mai zu einem reichsweit arbeitsfreien Feiertag mit Lohnfortzahlung. Auch die Lauterer Bevölkerung zeigte sich begeistert. Damit hatte die NSDAP, die sich auch als Partei der Arbeiterschaft profilieren wollte, ein klassisches Gewerkschaftsthema besetzt. Bereits einen Tag darauf wurden im ganzen Reich die Gewerkschaften verboten; in Kaiserslautern wurde das Gewerkschaftshaus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschlagnahmt und dessen Vermögen eingezogen. So hatte man mit einem Streich Sympathien bei der Arbeiterschaft gewonnen und gleichzeitig die Gewerkschaften als demokratische und eigenständige Institutionen zerschlagen.

Nachdem reichsweit bereits Anfang April Vereine und Klubs KPD-naher Organisationen aufgelöst worden waren, folgte im Juni die Zerschlagung der Sozialdemokratie. SPD-Funktionäre fielen weiteren Verhaftungswellen zum Opfer, ebenso kam es zu politischen Entlassungen und so genannten „Beurlaubungen“ aus dem Staatsdienst. Am 22. Juni wurden schließlich die SPD und die Bayerische Volkspartei in ganz Deutschland verboten. Nur zwei Wochen später erfolgte nach massivem Druck durch die Nationalsozialisten die Selbstaflösung der bürgerlich-katholischen Zentrumspartei.

Somit war die NSDAP auch in Kaiserslautern die einzige zugelassene Partei – eine parlamentarische Opposition gab es nicht mehr. Dabei verlief die nationalsozialistische Machtergreifung in Kaiserslautern nicht ohne Widerstand: Die „Eiserne Front“, ein Zusammenschluss der wichtigsten sozialdemokratischen Institutionen, die dem Parteivorsitzenden der SPD, Otto Wels, unterstand, mobilisierte bereits im Januar 1933 auf einer Großkundgebung auf dem zentralen Stiftsplatz etwa 3.000 Teilnehmer. Im

Februar folgte ein Protestmarsch der „Pfalzwacht“, einer Organisation katholischer Verbände, der von der Zentrumspartei veranstaltet wurde. Hauptredner war der ehemalige Reichskanzler Heinrich Brüning. Die Veranstaltung wurde von Anhängern der Nationalsozialisten durch Zwischenrufe gestört; danach wurden Schüsse auf die Demonstranten abgegeben und dreizehn Personen verletzt. Eine Kundgebung der Sozialdemokraten fand zwei Tage vor der Wahl zum Reichstag am 3. März, ebenfalls auf dem Stiftsplatz statt. Doch all diese Proteste verhallten wirkungslos: Mit dem Ermächtigungsgesetz und der Gleichschaltung sowie dem Verbot oder der erzwungenen Selbstauflösung der politischen Parteien war die Chance auf einen geeinten Widerstand endgültig vertan.

### Kaiserslautern unter den Nationalsozialisten

Nach der Machtübernahme 1933 wurden die Länder des Deutschen Reichs neu gegliedert. In dem „Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 31. März 1933 wurde die Eigenständigkeit der deutschen Länder aufgehoben und ein Zentralstaat geschaffen, der der NSDAP und somit Adolf Hitler unterstand. Aus den ehemaligen Reichstagswahlkreisen bildeten die Nationalsozialisten neue Bezirke, die sie nach einem germanischen Begriff als „Gau“ bezeichneten. Hauptstadt des Gaus Pfalz-Saar (später: Saar-Pfalz bzw. Westmark) war Neustadt an der Weinstraße. Es gab allerdings Pläne, Kaiserslautern als bevölkerungsreichste Stadt der Pfalz zur neuen Gauhauptstadt aufzuwerten, die aber nicht realisiert

wurden. Nach dem Sieg über Frankreich 1940 wurde dem Gau (von da an „Westmark“ genannt) das französische Gebiet Lothringen zugeschlagen.

Gauleiter war bis 1944 Josef Bürckel, der dem „linken Flügel“ der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei angehörte. Innerhalb der NSDAP war dies jene Richtung, die ein „sozialistisches Element“ in ihrer Regierungspolitik durchsetzen wollte. Zu Bürckels Selbstverständnis gehörte die Verbesserung der Lebenssituation der einfachen Arbeiter. So setzte er unter anderem die Bezahlung an Feiertagen in den Betrieben durch. Niederschlag fand dieses „sozialistische Element“ in Bürckels Politik auch in den groß angelegten Siedlungsprojekten im Gau. Großzügige Zuschüsse und Darlehen erhöhten die Bautätigkeit der Pfälzer. Viele Elendsquartiere, auch diejenigen in Kaiserslautern, verschwanden: Sie wurden medienwirksam verbrannt, ihre Bewohner erhielten meist bessere Wohnungen. Finanziert wurden diese Maßnahmen durch Bürckels „Volkssozialistische Selbsthilfe der Pfalz“, eine Zwangsbesteuerung auf den Lohn der Arbeitnehmer, um Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu realisieren. Trotz dieser Zwangsabgabe hatte Bürckel viele Sympathien in der Bevölkerung.

Bürckel beherrschte desweiteren die Presselandschaft der Pfalz. Bereits 1926 gab er mit dem „Eisenhammer“ ein antisemitisches Kampfblatt für die pfälzische NSDAP heraus. 1930 schließlich veröffentlichte er die „NSZ-Rheinfront“, die mit der Besetzung Lothringens in „NSZ-Westmark“ umbenannt wurde. Sie war die Zeitung mit der größten Auflage im süddeutschen Raum.

*Der Gauleiter des Saar-Pfalz-Gaus Josef Bürckel (in Zivil) mit SS-Führer Heinrich Himmler (rechts von Bürckel mit Dolch) und einem der Organisatoren des Holocaust, Reinhard Heydrich (links von Bürckel).*



(Stadearchiv Neustadt an der Weinstraße, ohne Datum)

In seinen Zeitungen formulierte Bürckel seine Vorstellung vom „nationalen Sozialismus“. Dieser sollte, wie oben beschrieben, die Lebensqualität der Menschen in seinem Gau steigern. Fabrikbesitzern drohte er sogar offen mit der Überführung in ein Konzentrationslager, falls diese nicht die Arbeitsbedingungen in ihren Betrieben verbesserten. Seine Idee einer „Volksgemeinschaft“, ein Begriff mit dem die Nationalsozialisten ihre Vorstellung einer idealen Bevölkerung verbanden, schloss allerdings viele Menschen aus: Minderheiten wurden gezielt verfolgt und letztendlich ermordet. Zugleich war Bürckel radikaler Antisemit, was sich deutlich in seiner besonders rigiden Politik gegenüber der jüdischen Bevölkerung des Gaus widerspiegelte.

Auch militärisch gewann die Stadt unter nationalsozialistischer Herrschaft an Bedeutung: Kaiserslautern hatte wegen seiner Nähe zum Westwall, also den westlichen Verteidigungslinien des deutschen Reiches strategische Bedeutung. So wurde die Stadt in den Dreißiger Jahren um weitere Kasernenbauten ergänzt. Zusätzlich zu der älteren Schlosskaserne und der 23er Kaserne, die vor dem Ersten Weltkrieg gebaut worden war, kamen 1937 die Daener Kaserne sowie die Postawy- und Holtzendorff-Kaserne hinzu, die in der Nähe der im gleichen Jahr fertiggestellten Autobahn lagen. Zur Eröffnung der Strecke am 24. Oktober durch Josef Bürckel kam Adolf Hitler als Redner. Mit der Besetzung Frankreichs sollten die gebauten Verteidigungsanlagen allerdings überflüssig werden.

Doch auch Kaiserslautern blieb vom Krieg nicht verschont: Nach einer triumphalen Rückkehr Kaiserslauterer

Verbände aus dem erfolgreichen Frankreichfeldzug 1940 wurde die Bevölkerung schnell auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Bereits im selben Jahr erfolgten die ersten Bombenangriffe auf Kaiserslautern. Einer der größeren Angriffe fand am 7. Januar 1944 statt: Über hundert Wohnungen wurden zerstört. Am 14. August waren die Verluste unter den Lauterern noch höher: Über einhundert Menschen starben und über dreihundert Häuser wurden beschädigt oder zerbombt. Besonders betroffen war der Stadtteil um die Eisenbahnstraße. Am 20. März 1945 nahmen amerikanische Truppen Kaiserslautern kampflos ein, da sich Stadtkommandant Oberst Esser nicht an seinen Befehl zur Verteidigung der Stadt gehalten hatte. Am Ende des Krieges waren 500 Lauterer durch Luftangriffe ums Leben gekommen, etwa 60 % der Stadt lag in Trümmern.

### Judenverfolgung in Kaiserslautern

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten begannen auch in Kaiserslautern die Repressalien gegen jüdische Bürger: Schritt für Schritt wurden sie vom Rest der Bevölkerung isoliert und schließlich vollständig aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen.

In der Nacht vom 12. auf den 13. März 1933 zerschlugen die Nationalsozialisten die Schaufenster der Kaufhäuser „Schweriner und Co.“ sowie „Wohlwert“; diese gehörten Bürgern jüdischen Glaubens. Die Übergriffe auf die jüdische Bevölkerung in Kaiserslautern setzten sich auch in den nächsten Tagen fort; so am 15. März, als der Leiter

*SA-Männer vor dem jüdischen Kaufhof „Schweriner & Co“. Am 1. April 1933 organisierten die Nationalsozialisten einen Boykott jüdischer Geschäfte in ganz Deutschland. Auch in Kaiserslautern wurden Kunden daran gehindert, jüdische Geschäfte zu betreten: ein erster Auftakt, um die Juden aus dem Geschäftsleben auszuschließen.*



(Stadtarchiv Kaiserslautern, 1933)

(Stadtarchiv Kaiserslautern, 1938)



Der zerstörte Haupteingang der Synagoge in Kaiserslautern. Im Spätsommer 1938, also noch vor der Reichspogromnacht, wurde die Synagoge abgerissen, da - Zitat NSZ-Rheinfront - „der orientalische Bau“ nicht ins Stadtbild passe.

der Zigarren- und Rauchwarenfabrik Felsenthal, der 1938 enteignet wurde, und wenig später auch der Rechtsanwalt Paul Tuteur verhaftet und kurzzeitig in ein Konzentrationslager überführt wurden.

Maßgeblich verantwortlich für den besonders harten antijüdischen Kurs in der Pfalz war Gauleiter Josef Bürckel. Er wollte die Juden gezielt aus dem Wirtschaftsleben ausschließen. Dies sollte aber auf „legalem“ Wege, d.h. durch neu erlassene Gesetze geregelt werden, und durfte weder einen Prestigeverlust für Deutschland im Ausland noch Schäden in der Exportwirtschaft nach sich ziehen. So distanzierte sich Bürckel zwar von der öffentlichen Hetze gegen jüdische Bürger, die vom „Stürmer“, der nationalsozialistischen und radikal antisemitischen Propagandazeitung, betrieben wurde, stellte aber gleichzeitig schon 1933 Deportationslisten zusammen und ließ Ende Oktober 1938 jüdische Bürger mit polnischer Staatsbürgerschaft illegal abtransportieren. Schon zu dieser Zeit war es Bürckels erklärtes Ziel, seinen Gau „judenrein“ zu machen.

Der reichsweit von der NSDAP abgesprochene und inszenierte Boykott gegen jüdische Geschäfte, Praxen und Kanzleien am 1. April 1933 fand auch in Kaiserslautern statt. In einer NSDAP-Anordnung von Ende März 1933 hieß es: „In jeder Ortsgruppe und Organisationsgliederung der NSDAP sind sofort Aktionskomitees zu bilden zur praktischen, planmäßigen Durchführung des Boykotts

jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte.“ So postierten sich SA-Männer vor den Läden jüdischer Bürger in Kaiserslautern, wobei der Fokus auf den Geschäften in der Eisenbahnstraße im Zentrum der Stadt lag. Die SA-Männer standen mit „Kauft nicht bei Juden“-Transparenten vor den Geschäften, deren Schaufenster mit antijüdischen Parolen beschmiert wurden und hinderten Kunden am Betreten dieser Läden. Größere Proteste aus der Bevölkerung gab es keine: Aus Furcht vor den neuen Machtverhältnissen wurden kritische Meinungen häufig gar nicht erst geäußert.

Mit der Einrichtung der „Jüdischen Sonderklassen“ am 1. September 1936 erreichte diese Trennung auch die Schulen: In Kaiserslautern wurden die etwa 30 jüdischen Mädchen und Jungen aller Altersgruppen nun separat in der Sonderklasse der Röhschule unterrichtet. Am Tag des Reichspogroms, also am 10. November 1938, wurde diese Klasse mit Billigung des Lehrpersonals von den anderen Schüler aus dem Gebäude gejagt. Eine Rückkehr und Wiederaufnahme des Unterrichts wurde den jüdischen Schülern nicht gestattet.

Einen weiteren schweren Schlag musste die jüdische Gemeinde im August 1938 hinnehmen: In der Hoffnung, neue Gauhauptstadt zu werden, sollte am Standort der Synagoge ein Platz für Massenaufmärsche errichtet werden. Noch vor der Pogromnacht wurde sie daher abgerissen und die Reste der Ruine im Oktober gesprengt. Maßgeblich an der Entscheidung beteiligt war Bürgermeister Richard Imbt, ein enger Vertrauter des Gauleiters Josef Bürckel. Als weitere Begründung für den Abriss wurde angegeben, dass die Synagoge einen "baulichen Fremdkörper" in der Stadt darstelle und nicht ins Stadtbild passe. In der Zeitung „NSZ Rheinfront“ war am 29. August 1938 Folgendes zu lesen: „Kaiserslautern wird von einem Bau befreit, der vermisst werden kann, weil er absolut nicht in das Stadtbild einer deutschen Stadt paßt. Wir haben die Berechtigung, diesen Abbruch der Synagoge als siegesfrohes Ruhmesblatt in das Geschichtsbuch einer nationalsozialistischen Stadt einzufügen.“

Ein erster Schritt zur Ghettoisierung der jüdischen Kaiserslauterer hatte in der Errichtung von „Judenhäusern“ bestanden: Jüdische Bürger waren gezwungen worden, ihre Wohnungen aufzugeben oder als Wohnungseigentümer ausschließlich jüdische Mieter aufzunehmen. Diese „Judenhäuser“ garantierten eine bessere Kontrolle über den Verbleib der Juden, isolierten sie vom Rest der Stadtbevölkerung und vereinfachten ihre spätere Deportation.

Einen vorläufigen traurigen Höhepunkt stellte die Reichspogromnacht am 9. und 10. November 1938 dar, die im ganzen Reichsgebiet gleichzeitig stattfand. Als Vorwand für die gewaltsamen Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung, ihre Synagogen und Geschäfte nutzten die Nationalsozialisten das Attentat auf den deutschen Botschaftsangehörigen Ernst vom Rath, der von Herschel Grynszpan in Paris angeschossen wurde. Ernst vom Rath verstarb einige Tage später. Grynszpan war ein polnischstämmiger Jude, dessen Eltern zuvor aus Hannover nach Polen deportiert wurden. Der angebliche Akt des spontanen „Volkszorns“ war jedoch im Vorhinein genau von den Nationalsozialisten geplant worden: Hauptsächlich waren es Angehörige der SA und SS, die sich an den Ausschreitungen beteiligten. Offiziell liegt die Zahl der reichsweit in der Pogromnacht Ermordeten bei 91 Opfern. Die Dunkelziffer ist aber durchaus höher anzusetzen, da zusätzlich viele Menschen in den Selbstmord getrieben wurden.

In Kaiserslautern begann der 10. November 1938 mit eingeschlagenen Fensterscheiben von jüdischen Geschäften und Einrichtungen. Ladenräume wurden verwüstet, Waren auf die Straße geworfen sowie Parolen an die Wände geschmiert. Auch in dieser Stadt kam es zu Misshandlungen gegen die jüdische Bevölkerung: Dr. Julius Wertheimer, ein Lauterer Arzt, wurde geschlagen, zur Polizei verschleppt und dort verhört. Diese traumatischen Erfahrungen konnte er nicht verkraften und nahm sich wenig später das Leben. In den Randgebieten der Stadt setzte sich die Zerstörung von jüdischem Eigentum ebenso fort. Zynischerweise mussten die jüdischen Einzelhändler für den gesamten Schaden des Pogroms selbst aufkommen.

Am Abend des 10. Novembers wurde die gesamte jüdische Stadtbevölkerung aufgefordert, den Gau Saar-Pfalz zu verlassen. Die Neue Pfälzische Presse schrieb hierzu: „Sie [die Lauterer Juden] werden das Gaugebiet verlassen müssen. Wie das geschieht, ist gleichgültig, nur raus mit ihnen, damit Kaiserslautern und die Pfalz und schließlich Deutschland endlich frei von Juden wird.“

In der so genannten Wagner-Bürckel-Aktion von 1940 - Robert Wagner war Gauleiter Badens und Chef der Zivilverwaltung für das Elsass - wurden in der Nacht vom 21. auf den 22. Oktober alle Juden in den beiden Gauen aufgefordert, sich für den Transport bereitzuhalten, um sie anschließend zu deportieren. Bereits am 23. Oktober meldete Bürckel nicht ohne Stolz, dass der Gau Saar-Pfalz „judenrein“ sei; tatsächlich gab es noch einige Juden in der Pfalz, die sich dieser Aktion entziehen konnten. Über 6.500 Menschen wurden aus den Gauen in das Konzentrationslager Gurs in Frankreich verschleppt, davon 49 aus Kaiserslautern. Viele starben wegen der katastrophalen Bedingungen im Lager oder wurden ermordet.

Die letzte Deportation von Juden aus Kaiserslautern erfolgte wenige Tage vor der Einnahme der Stadt Anfang März 1945 - nur wenige kehrten zurück. Seit 2006 steht am Platz der ehemaligen Synagoge ein Mahnmal für die ermordeten Juden aus Kaiserslautern. Auch der Name von Erna de Vries´ Mutter, Jeanette Korn, ist dort eingraviert.

### Literatur

Fallot-Burghardt, Willi: Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in Kaiserslautern im Frühjahr 1933. Eine Fotodokumentation. In: Jahrbuch zur Geschichte von Stadt und Landkreis Kaiserslautern. Band 34/35. Kaiserslautern 1996/97. S. 183-236.

Friedel, Heinz: Die Machtergreifung in Kaiserslautern und deren Vorgeschichte. Kaiserslautern 1979.

Latzin, Ellen: Bayern und die Pfalz – eine historische Beziehung voller Höhen und Tiefen. In: Homepage der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, abgerufen am 28.05.2007.

[http://www.km.bayern.de/blz/eup/02\\_06\\_themenheft/14.asp#118](http://www.km.bayern.de/blz/eup/02_06_themenheft/14.asp#118)

Muskalla, Dieter: NS-Politik an der Saar unter Josef Bürckel. Saarbrücken 1995. S. 488-496.

Paul, Gerhard: Josef Bürckel – Der rote Gauleiter. In: Smelser, Ronald / Syring, Enrico / Zitelmann, Rainer (Hrsg.): Die braune Elite 2. Band 2. Darmstadt 1999. S. 51-65.

Paul, Roland: Dem Vergessen entgegenwirken: Die Deportation der pfälzischen Juden nach Gurs. Artikel auf der Homepage der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit der Pfalz, abgerufen am 13.05.2007.<http://www.christen-und-juden.de/html/gurs>

Zeittafel auf der Homepage der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und des Bundes der Antifaschistinnen und Antifaschisten in Kaiserslautern, abgerufen am 19.02.2007. <http://www.vvn-bda-kl.de/spuren/zt/zeittafel.html>